



CDU



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Oberstraße 91
41460 Neuss

27. September 2022

Antrag für die Sitzung des Kreistages am 28. September 2022

Teil 1

Bundes- und Landesregierung halten an ihrer Strategie der Dekarbonisierung und am Ausbau der Erneuerbaren Energien grundsätzlich fest.

Bedingt durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine werden die grundlegenden Planungen derzeit jedoch massiv behindert. Folge sind stark steigende Energiepreise und Probleme der Sicherstellung der Versorgung. Die Bundesregierung reagiert darauf mit ständig angepassten Hilfsprogrammen. So auch mit einem 5 Milliarden Euro schweren Energiekostendämpfungsprogramm für die energieintensiven Industrieunternehmen.

Im Ausschuss für Strukturwandel und Arbeit wurde der Brief von IHK und DGB vom 01. September 2022, der Nachschärfungen des genannten Hilfsprogramms im laufenden Prozess fordert, einstimmig unterstützt.

Die Kreistagsfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und UWG/FW-Zentrum empfehlen folgende Positionsbestimmung des Kreistages des Rhein-Kreises Neuss zu beschließen.

1. Der Kreistag bekräftigt das Votum des Ausschusses für Strukturwandel und Arbeit zum gemeinsamen Brief von IHK Mittlerer Niederrhein und DGB Düsseldorf-Bergisch Land vom 01. September 2022 und erklärt sich mit den Beschäftigten, insbesondere der Aluminiumindustrie im Rhein-Kreis Neuss, solidarisch.
2. Der Landrat wird gebeten, dies und die im genannten Brief von IHK und DGB enthaltenen Forderungen der Bundesregierung zur Umsetzung zu empfehlen.



CDU



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Teil 2

Positionierung des Kreistages zur Versorgungssicherheit und bezahlbaren Energiepreisen

In der Sitzung des Kreistages am 15.12.2021 richteten die Fraktionen im Rhein-Kreis Neuss einen dringenden Appell an die Bundesregierung in Berlin und an die Landesregierung in Düsseldorf. Ziel war die Sicherstellung der Versorgung mit Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen, auch bei einem beschleunigten Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits 2030. Dazu sollten die konkreten Voraussetzungen verbindlich sichergestellt werden, unter anderem durch zügigen Ausbau von regelbaren Gaskraftwerken als Übergangstechnologie.

Durch den völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine ab 24.2.2022 ist nun auch das Thema Versorgungssicherheit bei Gas hinzugekommen. Die Beschaffung und Speicherung von Gas für die Wärmeversorgung als auch als Prozessgas hat derzeit absoluten Vorrang, um über die nächsten Winter zu kommen. Gas zur Verstromung kommt daher nicht mehr in Frage. Das hat auch den Umgang mit anderen Energieträgern, wie Kohle- und Atomstrom, neu gewichtet.

So werden im Rheinischen Revier zwei 300 MW Blöcke aus der Reserve ab 1. Oktober wieder in den aktiven Betrieb genommen.

Im Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) ist der Ausstiegspfad der einzelnen Kohlekraftwerke allerdings verbindlich festgelegt. Ebenso Revisionstermine zur Klärung offener energiepolitischer und energiewirtschaftlicher Fragen. Insbesondere sollen die Auswirkungen des Kohleausstiegs auf die Versorgungssicherheit sowie Sozialverträglichkeit mit Blick auf 2038 bzw. 2035 untersucht werden.

Der erste Revisionstermin am 15. August 2022 nicht stattgefunden. Weshalb mögliche Ergebnisse auch nicht vorliegen.

Wirtschaft und Bevölkerung sind, auch im Rhein-Kreis Neuss, auf die Sicherstellung und vorausschauender Planbarkeit der zukünftigen Versorgung mit ausreichendem und bezahlbarem Strom dringend angewiesen. Auch die Preise müssen über den Markt und dessen Rahmenbedingungen wieder auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Ob die Versorgung der Bevölkerung mit Energie kurzfristig nicht sichergestellt ist, kann derzeit noch nicht abgesehen werden (siehe auch Ergebnisse der Stresstestvarianten der Bundesnetzagentur). An der Entwicklung der Preise kann eine jeweilige vermutete Versorgungslücke derzeit auf den Märkten abgelesen werden.



CDU



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Die Preise für Strom und Gas explodieren regelrecht und bringen Privathaushalte und Betriebe zunehmend in Bedrängnis. Das Aluminiumunternehmen Speira mit Standorten in Grevenbroich und Neuss hat seine Produktion von Primäraluminium bereits halbiert, da wegen der hohen Energiepreise die Wertschöpfung insgesamt gefährdet ist. Das Primäraluminium wird dann aus Ländern bezogen, in denen die Energiekosten geringer sind und der CO₂ Ausstoß höher.

Auch Handwerk und Mittelstand klagen über zu hohe Belastungen durch die Strom- und Gaspreise, wie zum Beispiel Bäckereibetriebe.

Neben wirksamen Hilfen für die Betriebe, die unter den hohen Preisen stark leiden, und für die Haushalte, die das nicht mehr stemmen können und verzweifeln, brauchen wir aber auch weiterhin (politische) Signale, dass alle im Rahmen der langfristigen Strategie verfügbaren Möglichkeiten, um über die nächsten Winter zu kommen, von jedem, der es kann, auch ergriffen werden.

Im Rheinischen Revier betrifft das zwei weitere 600 MW Blöcke (Neurath), die bis Ende Dezember 2022 gemäß KVBG verbindlich abgeschaltet werden müssen. Eine Verschiebung der Schließung um zwei Winter würde das Angebot sofort erhöhen und wirkungsvoll positiv auf die Preise wirken.

Die Bundes- und – soweit zuständig – auch die Landesregierung werden gebeten, die folgenden Vorschläge im Rahmen ihrer bereits laufenden Planungen einzubeziehen:

Wir brauchen einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien. Bis dahin brauchen wir aber auch eine verlässliche Energieversorgung, um die nächsten Winter zu überstehen. Der versäumte Revisionsstermin des KVBG muss zeitnah von der Bundesregierung nachgeholt werden, um die offenen Fragen für eine gelingende Energiewende verbindlich zu klären:

- Massiver und beschleunigter Ausbau Erneuerbarer Energien, in unserer Region zum Beispiel durch den „Gigawatt Park“ der ZRR, an dem sich auch der Rhein-Kreis Neuss beteiligt
- Verfahrensbeschleunigungen und Verbesserung der Rahmenbedingungen,
- Eigennutzung von Strom aus EE-Anlagen erleichtern und verbessern, z.B. durch die Veränderung der Grenzwerte, Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und Abbau von mittlerweile unnötiger Bürokratie,
- Carbon Leakage verhindern,
- ausreichende regelbare „Backup“-Kraftwerke planen und bauen oder deren Bau ermöglichen durch geeignete Rahmenbedingungen,



CDU



Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

- Abhängigkeiten in der Energieversorgung reduzieren, neue vermeiden, durch herbeiführen von Lieferantenvielfalt,
- Unternehmen beim Transformationsprozess unterstützen und fördern, auch zeitlich, durch vorausschauend, durch langfristige festgelegte Rahmenbedingungen,
- Hochlauf von Wasserstoff deutlich beschleunigen, Hochpreise vermeiden, vorausschauend Infrastruktur verbessern oder überhaupt ermöglichen,
- Ausbaustand erneuerbare Energien regelmäßig abgleichen mit Ausstieg aus fossilen Energien und dem Strombedarf sowie
- nachhaltige Beschaffungsrahmenstrategien für weiter notwendige Energieimporte rechtzeitig und verbindlich festlegen.
- Die Verlängerung des Energiekostendämpfungsprogramms sowie Nachschärfung für besonders betroffene Betriebe (Strom und Gas).
- Der befristete Weiterbetriebs der beiden 600 MW Blöcke (in Grevenbroich – Neurath) für zwei Winter zur Entschärfung der aktuellen Situation.
- Vorgezogene Kohleverstromungsbeendigungs-Termine bedürfen zwingend einer Überprüfung gemäß den Bedingungen der Revisionsklausel des KVBG.

Die jeweilige Bundes- und Landesregierung werden vom Landrat des Rhein-Kreis Neuss auf geeignete Art und Weise aufgefordert, obige Punkte zügig umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU im Kreistag des
Rhein-Kreises Neuss

Udo Bartsch
Vorsitzender der
SPD im Kreistag
des Rhein-Kreises
Neuss

Swenja Krüppel
Vorsitzende
BÜNDNIS90/DIE
GRÜNEN im
Kreistag des Rhein-
Kreises Neuss

Dirk Rosellen
Vorsitzender der FDP
im Kreistag des Rhein-
Kreises Neuss

Carsten Thiel
Vorsitzender der UWG
/Freie Wähler-
Zentrum im Kreistag
des Rhein-Kreises
Neuss

**Johann-Andreas
Werhahn**
Stv. Vorsitzender
Ausschuss für
Strukturwandel und
Arbeit (CDU)

Rainer Thiel
Vorsitzender
Ausschuss für
Strukturwandel und
Arbeit (SPD)

Erhard Demmer
Sprecher von
BÜNDNIS90/DIE
GRÜNEN für
den Strukturwandel

**Hanne Wolf-
Kluthausen**
Sprecherin der FDP
für den
Strukturwandel